



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 08.02.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 23.01.2012, 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Tayfun Keltek LDK

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Hasan Ates	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Frau Barbara Brunelli	GOL
Herr Mevlüt Ekinci	KIM
Herr Ali Esen	LB
Frau Antonella Giurano	Bunte
Frau Filiz Kalaman	
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL
Frau Minu Nikpay	KÖBES
Herr Turan Özküçük	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit
Herr Ilhan Uzun	Mevlana

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Malik Karaman	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Henk Benthem van	CDU
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Efsan Kara	CDU

Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion
Herr Jörg Uckermann	pro Köln
Frau Sengül Senol	DIE LINKE

Verwaltung

Frau Dr. Beate Blüggel
Frau Dagmar Dahmen
Frau Ina-Beate Fohlmeister
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Andreas Vetter

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Özkan Aksoy	Aksoy	
Herr Fevzi Bayrak	LB	
Frau Ebru Coban	KL	entschuldigt
Herr Serkan Kirli	Mevlana	
Herr Tekin Parmaksiz	SPD	entschuldigt
Frau Marion Schneider-Meyer	Integration Colonia	

Der Vorsitzende Herr Keltek begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates und wünscht für das neue Jahr weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit.

Herr Keltek nimmt Bezug auf seine Mitteilung in der Sitzung am 19.09.2011 über die geplante Zusammenarbeit des Integrationsrates mit der Volkshochschule bei der Durchführung von Veranstaltungen und weist auf die am 31.01.2012 geplante Veranstaltung zur ‚Interkulturellen Öffnung von Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Vereinen‘ hin.

Herr Keltek erinnert des Weiteren an das jährlich stattfindende ‚Sprachfest‘ des Zentrums für Mehrsprachigkeit und Integration am 25.01.2012 im Historischen Rathaus. Herr Keltek verteilt ein Schreiben der Schule Alzeyer Str. und bittet um ein unterstützendes Votum zu seinem geplanten Bittschreiben an die Schuldezernentin, eine Lösung der dort im Zusammenhang mit der Umsetzung von Angeboten zur Mehrsprachigkeit entstandenen Raumprobleme möglich zu machen.

RM Frau Laufenberg bittet bei der künftigen Terminplanung des Sprachfestes auf Mittwochstermine zu verzichten, um den Ratsmitgliedern die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben.

Auf Wunsch des RM Herr Jung wird der TOP 4.3 auf die nächste Sitzung vertagt.

Bezug nehmend auf die Erteilung von Ordnungsrufen gegenüber dem RM Herrn Uckermann in der Sitzung am 28.11.2012 verliest der Vorsitzende Herr Keltek folgende Erklärung:

„In unserer letzten Sitzung am 28.11.2011 habe ich zwei Ordnungsrufe gegen Herrn Uckermann ausgesprochen. Inzwischen habe ich den Verlauf der Sitzung noch einmal nachvollzogen. Bei der gebotenen sachlichen Beurteilung der Situation komme ich nun zu der Einschätzung, dass der zweite Ordnungsruf auch meinen Maßstäben nicht gerechtfertigt war, da kein zwingender Grund für diese Ordnungsmaßnahme gegeben war. Ich nehme den zweiten Ordnungsruf daher zurück.“

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit - NS-Dokumentationszentrum-Herr Jung

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

- 1.1 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Integrationskonzeptes und zum Maßnahmenprogramm
0146/2012

2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 2.1 Sprachliche Kompetenzen von Erzieherinnen
5169/2011
- 2.2 Beantwortung einer Anfrage von Liste GOL Session Nr. AN/2065/2011 Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa
5274/2011
- 2.3 Beantwortung der Anfrage von RM Herr Jung und RM Herr Helling in der Sitzung des Integrationsrates vom 19.09.2011 zur aktualisierten 8. Auflage des "Kölner Gesundheitswegweisers für Migrantinnen und Migranten
0188/2012

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 3.1 Anfrage zur städtischen Dienststelle 'Ausländerangelegenheiten Bezirk Innenstadt'
AN/2321/2011
- 3.2 Anfrage zum muttersprachlichen Unterricht in der Realschule im Hasenthal / Köln-Deutz
AN/2323/2011

- 3.3 Anfrage zum Interkulturellen Dienst des Allgemeinen Sozialen Dienstes / ASD
AN/2322/2011

Beantwortung der Anfrage gem. § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates von Herrn Özküçük, AN/2322/2011
0079/2012

4 Mitteilungen

- 4.1 Arbeitsbericht des Interkulturellen Referates - 2011
0121/2012

- 4.2 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010
4226/2011

- 4.3 Gemeinsamer Bericht der Träger der Antidiskriminierungsarbeit im "Drei-Säulen-Modell" in Köln
4616/2011

- 4.4 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Oktober 2011
4836/2011

- 4.5 Wahl der Seniorenvertretung 2011: Wahlergebnis
5048/2011

- 4.6 Vorlage 4473/2011 - Zurückziehen der Vorlage durch die Verwaltung
0042/2012

- 4.7 Veröffentlichungen der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)
5204/2011

- 4.8 Informationsdienst Kölner Arbeitsmarkt
0166/2012

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 5.1 Antrag zur Initiative der Landesregierung NRW - Aktive Partnerschaften in NRW
AN/2324/2011

- 5.2 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution zum elektronischen Ausweis für Ausländer
AN/0004/2012

- 5.3 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution für eine neue Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge
AN/0013/2012

- 5.4 Antrag auf Unterstützung des Aufrufes 'Kalk macht dicht - Gegen fremdenfeindlichen Hass auf der Schäl Sick'
AN/0076/2012

6 Berichte

- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

- 6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

7 Beschlussvorlagen

- 7.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für die Zentren Yunus Emre Kulturakademie e.V., Wiener Platz 2, 51065 Köln und Runder Tisch Buchforst e.V., Stadtteilzentrum II, Kalk Mülheimer Str. 318, 51065 Köln
0023/2012

8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit - NS-Dokumentationszentrum-Herr Jung

Die Arbeit des NS-Dokumentationszentrums wird von Herrn Dr. Jung vorgestellt.

Der Vorsitzende Herr Keltek dankt Herrn Dr. Jung im Namen der Mitglieder des Integrationsrates für die Ausführungen.

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

1.1 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Integrationskonzeptes und zum Maßnahmenprogramm 0146/2012

Auf Nachfrage von RM Herrn Helling erläutert die Verwaltung Frau Fohlmeister, dass die Besetzung der Leitung der Expertengruppen zwischenzeitlich weitgehend geklärt werden konnte und am Zeitplan der Vorlage des Maßnahmenprogramms vor der Sommerpause festgehalten wird.

RM Frau Mucuk regt an, den Inhalt und die Intention des 'Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft' in Form eines kurzen Flyers mit ansprechendem Design darzustellen und an öffentlichen Stellen auszulegen.

Die Verwaltung Frau Reker rät zur Veröffentlichung eines solchen Flyers gemeinsam mit dann vorliegenden ersten Maßnahmen aus dem Maßnahmekonzept; sie kündigt die Vorlage einer Vorabplanung an.

Auf Nachfrage von RM Frau Sengül beantwortet die Verwaltung Frau Fohlmeister, dass hinsichtlich der Besetzung der Expertengruppen Personen mit Migrationshintergrund bei entsprechender Bereitschaft selbstverständlich als Fachleute mit eingebunden werden.

2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

2.1 Sprachliche Kompetenzen von Erzieherinnen 5169/2011

Der Vorsitzende Herr Keltek kritisiert die Beantwortung als nicht konstruktiv und kündigt für die nächste Sitzung einen diesbezüglichen Antrag an.

RM Herr Jung bestätigt, dass die Antwort nicht sehr ausführlich sei. Er fragt nach der Notwendigkeit der Maßnahme und dem damit verbundenen Kostenaufwand.

RM Frau Laufenberg schlägt vor die Anfrage auf die bilingualen bzw. mehrsprachigen Kindertagesstätten zu reduzieren.

RM Frau Mucuk hält die Antwort ebenfalls für unzufriedenstellend. Frau Mucuk erachtet die Erhebung der sprachlichen Kompetenzen der Erzieherinnen und Erzieher in städtischen Kindertagesstätten als zwingend notwendig, um die vom Integrationsrat

beschlossene Einführung von mehrsprachigen Kindertagesstätten weiter umzusetzen. Ziel sei es, die bei den städtischen Erzieherinnen und Erziehern vorhandenen sprachlichen Ressourcen zu nutzen, um, dort wo es möglich ist, weitere bilinguale Gruppen in Kindertagesstätten einzuführen. Frau Mucuk bittet die Verwaltung kreativ nach Möglichkeiten der Kostenminimierung einer solchen Abfrage zu suchen, z.B. durch eine Kooperation mit den Fachhochschulen in Köln.

Herr Prölß rät zu einer Abfrage z.B. durch E-Mail-Abfrage an die KiTa-Leitungen.

Der Vorsitzende Herr Keltek kündigt an, auf Grundlage der Beantwortung der Nachfragen eine Antragstellung zu überlegen.

Die Mitglieder des Integrationsrates bitten die Verwaltung um Überarbeitung der Antwort sowie Beantwortung der ergänzend gestellten Fragen.

2.2 Beantwortung einer Anfrage von Liste GOL Session Nr. AN/2065/2011 Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa 5274/2011

Herr Prölß rät, bezogen auf die im letzten Absatz beschriebene nicht mögliche Teilnahme an Vernetzungsaktivitäten, eine enge Zusammenarbeit mit dem Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis

2.3 Beantwortung der Anfrage von RM Herr Jung und RM Herr Helling in der Sitzung des Integrationsrates vom 19.09.2011 zur aktualisierten 8. Auflage des "Kölner Gesundheitswegweisers für Migrantinnen und Migranten 0188/2012

RM Herr Jung bedankt sich für die ausführliche Beantwortung

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Anfrage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Anfrage zur städtischen Dienststelle 'Ausländerangelegenheiten Bezirk Innenstadt' AN/2321/2011

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

3.2 Anfrage zum muttersprachlichen Unterricht in der Realschule im Hasenthal / Köln-Deutz AN/2323/2011

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

3.3 Anfrage zum Interkulturellen Dienst des Allgemeinen Sozialen Dienstes / ASD AN/2322/2011

Beantwortung der Anfrage gem. § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates von Herrn Özkücük, AN/2322/2011 0079/2012

IRM Herr Özkücük beschreibt die Beantwortung als Armutszeugnis und Eingeständnis, dass das Jugendamt sich nicht interkulturell öffnen möchte. Herr Özkücük kündigt in dieser Sache einen Resolutionsentwurf, um die Verwaltung zur interkulturellen Öffnung bei der Einstellung von Personal zu verpflichten.

RM Herr Jung bittet um Mitteilung der Kosten der Stelle.

Der Vorsitzende Herr Keltek sieht den in der Beantwortung gegebenen Verweis auf eine ‚langjährige Erfahrung im Allgemeinen Sozialen Dienst‘ als kritisch, da dieser Dienst auftragsgemäß grundsätzlich defizitorientiert arbeiten müsse und so die Gefahr bestehe, dass eine so beruflich geprägte Mitarbeiterin / geprägter Mitarbeiter ‚den armen Migranten helfen wolle‘. Er befürchtet, dass das Jugendamt die Kernaussagen des ‚Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ nicht angemessen verinnerlicht hat.

Herr Pröll zitiert in diesem Zusammenhang das Ergebnis der Arbeitsgruppe 6 im ‚Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ – „empfohlen wird den Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund innerhalb der Verwaltung durch geeignete Maßnahmen systematisch zu erhöhen“.

RM Herr Helling rät dem Gremium Integrationsrat bei allem Verständnis über die geäußerte Empörung, vor der Verabschiedung einer eventuellen Resolution, sich Gedanken über eine präzise Definition der interkulturellen Kompetenz zu machen. Er verweist darauf, dass dies bereits das Problem bei der Resolution zur Einstellung der Schulsozialarbeiter/innen gewesen sei.

Die Verwaltung Frau Reker sieht die Klärung dieser Begrifflichkeit, als Teil der Erfüllung der Aufgaben aus dem ‚Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ und kündigt an, seitens der Verwaltung eine Klärung im Rahmen der Erstellung des Maßnahmenprogramms herbeizuführen.

IRM Herr Özkücük wiederholt, unter Verweis auf den Wortlaut des Antworttextes, seine Kritik an der Beantwortung und sieht es als vorrangige Aufgabe des Integrationsrates an, diesen Prozess der Interkulturellen Öffnung zu begleiten.

RM Herr Uckermann beschreibt seine persönliche Erfahrung mit dem Thema, kritisiert den Ausschluss von Bewerbungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit und bedankt sich für die Debatte.

Die Mitglieder nehmen die Beantwortung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird gebeten die Kosten der Stelle mitzuteilen.

4 Mitteilungen

4.1 Arbeitsbericht des Interkulturellen Referates - 2011 0121/2012

Die Verwaltung Frau Fohlmeister stellt den Arbeitsbericht 2011 des Interkulturellen Referates vor. Der Vortrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.
RM Herr Jung bedankt sich für den ausführlichen und interessanten Bericht. Er schlägt vor, den Vortragsteil in der nächsten Sitzung noch einmal als Tagesordnungspunkt aufzurufen, um Raum für Nachfragen zu geben.

Auf Nachfrage von RM Frau Senol beschreibt die Verwaltung Frau Fohlmeister

- die für 2012 geplanten vier Vorstellungstermine der Broschüre Köln 100% mit (Hinweis auf Homepage des Integrationsrates);
- die geplante Durchführung der Integrationskonferenz für 2012, wobei der Termin noch festgelegt werden muss;
- bzgl. einer Entscheidung über den Antrag auf Stellenzusetzung beim Interkulturellen Referat den lfd. Verwaltungsweg;
- dass von acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Interkulturellen Referates drei einen Migrationshintergrund haben.

Der Tagesordnungspunkt wird zur nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen.

4.2 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010 4226/2011

Die Verwaltung Herr Asselborn führt in die Thematik ein.
Der Vortrag ist der Niederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende Herr Keltek verweist auf die Wichtigkeit dieses Themas für den Integrationsprozess.

Auf die Frage von RM Frau Mucuk, wie es denn sein kann, dass in 2010 ein statischer Bericht zum Thema lediglich in der Differenzierung Deutsche ./.. Ausländer durchgeführt wurde, antwortet die Verwaltung Herr Asselborn, dass sein Amt hierbei auf die Daten des Statistischen Landesamtes und dieses wiederum auf die Daten von Schulen, Berufskollegs etc. angewiesen seien. Ein Versuch des Statistischen Landesamtes ‚Personen mit Migrationshintergrund‘ zu erfassen sei seinerzeit gescheitert. Das Ergebnis sei zwar dadurch etwas verzerrt, aber die Alternative wäre lediglich gewesen, keine diesbezügliche Auswertung vorzunehmen.

Der Vorsitzende Herr Keltek verweist abschließend auf Untersuchungen, die beschreiben, dass ein Migrant / eine Migrantin bei gleicher Qualifikation eine vergleichsweise dreifach geringere Chance habe eine Berufsanstellung zu finden, als Personen ohne Migrationshintergrund.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4.3 Gemeinsamer Bericht der Träger der Antidiskriminierungsarbeit im "Drei-Säulen-Modell" in Köln 4616/2011

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

4.4 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Oktober 2011 4836/2011

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.5 Wahl der Seniorenvertretung 2011: Wahlergebnis 5048/2011

RM Frau Schmerbach wirft die Frage auf, inwieweit Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der Seniorenvertretung künftig ihre Parteimitgliedschaft angeben sollten.

RM Herr Uckermann beschreibt den Wahlkampf zur Seniorenvertretung und das Wahlergebnis.

Die Verwaltung Frau Reker weist darauf hin, dass die Seniorenvertretungswahl eine reine Personenwahl und eine Spekulation über Wahlerfolge aufgrund von Parteizugehörigkeiten reine Spekulationen sei. Sie habe den Eindruck, dass in der Seniorenvertretung immer sehr sachfragenorientiert gearbeitet worden und es weniger um die Parteizugehörigkeit gegangen sei. Die Verwaltung prüft zur Zeit gemeinsam mit der Seniorenvertretung, inwieweit eine Änderung der Wahlordnung für eine zukünftige Wahl im Sinne der Frage von RM Schmerbach möglich ist.

Herr Dr. Wegener bestätigt, dass in der Stadt seniorenvertretung bislang immer unpolitisch und sachorientiert gearbeitet worden ist. Er hält die jetzt diskutierte Entwicklung für bedenklich, da in § 23 der Hauptsatzung darauf hingewiesen wird, dass die Seniorenvertretung überparteilich und überkonfessionell tätig ist.

RM Herr Helling hält die Diskussion der Frage der Gestaltung der künftigen Wahlordnung für so wichtig, dass die Prüfergebnisse der Verwaltung dem Rat vorgelegt werden sollten.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4.6 Vorlage 4473/2011 - Zurückziehen der Vorlage durch die Verwaltung 0042/2012

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.7 Veröffentlichungen der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) 5204/2011

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.8 Informationsdienst Kölner Arbeitsmarkt 0166/2012

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

5.1 Antrag zur Initiative der Landesregierung NRW - Aktive Partnerschaften in NRW AN/2324/2011

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt den Antrag vor.

RM Herr Helling bittet um zusätzliche Prüfung, welche Städtenetzwerke seitens der Stadt Köln bereits gepflegt werden und wie hoch der personelle Aufwand sei. Er möchte verhindern, dass aufgrund der Fülle der städtischen Netzwerke und Partnerschaften, diese nicht mehr angemessen personell und konzeptionell ausgefüllt werden können.

Der Vorsitzende Herr Keltek unterstützt dies grundsätzlich, weist allerdings darauf hin, dass die Stadt Köln hier die Gelegenheit nutzen solle, ihren vergleichsweise fortschrittlichen Stand der interkulturellen Öffnung auch in solchen Städtenetzwerken zu präsentieren.

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung, die Modalitäten der im anliegenden Informationsblatt des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NW beschriebenen Partnerschaft zu prüfen und eine entsprechende Beschlussfassung zur Teilnahme der Stadt Köln herbeizuführen.

Ergänzend soll geprüft werden, welche Städtenetzwerke seitens der Stadt Köln bereits gepflegt werden und wie hoch der personelle Aufwand hierfür ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei einer Gegenstimme angenommen

5.2 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution zum elektronischen Ausweis für Ausländer AN/0004/2012

RM Herr Jung beantragt für die CDU-Fraktion diesen Antrag in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) weiterzuleiten.

IRM Herr Özkücük plädiert für die Verabschiedung als Resolution und gleichzeitiger Weiterleitung in den AVR.

Auf Nachfrage von RM Herr Helling erläutert die Verwaltung Frau Dahmen die Kosten der Einführung des elektronischen Ausweises für die Stadt. Frau Dahmen beschreibt des Weiteren, dass seitens der Ausländerbehörde versucht wird, die in der Resolution angesprochenen Problemlagen mit verschiedenen Maßnahmen aufzufangen. Sie berichtet, dass von einer seitens der Ausländerbehörde den Antragstellern angebotenen Stundung der Kosten, bislang von keinem der 15.000 Antragsteller Gebrauch gemacht wurde. Frau Dahmen teilt darüber hinaus mit, dass das Bundesamt für Statistik, im Auftrag der Bundesregierung für eine Neukonzeption der Gebührenordnung, bis Ende 2012 die Gebührensituation in den Ausländerämtern auswertet. Sie schlägt vor diesen Bericht abzuwarten.

RM Herr Jung nimmt vor dem Hintergrund der Diskussion den ursprünglichen Antrag auf Weiterleitung in den AVR zurück und beantragt bis zur Klarheit über eine neue Gesetzeslage den Antrag von Herrn Özkücük zurückzuziehen.

IRM Herr Özkücük lehnt dies unter anderem deshalb ab, da dies ein gemeinsamer

Antrag von mehreren Städten sei.

RM Frau Mucuk beantragt eine Verabschiedung der Resolution ohne den dritten, die Kommune betreffenden, Absatz.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt abstimmen:

- **Antrag auf Zurückziehung des Antrages auf Verabschiedung der Resolution** von Herrn Özküçük (Antrag der CDU-Fraktion).
Mehrheitlich abgelehnt bei sechs befürwortenden Stimmen und einer Enthaltung
- **Antrag auf Verabschiedung der Resolution ohne den 3. Absatz** (Antrag Frau Mucuk)
Mehrheitlich zugestimmt bei sechs Gegenstimmen

Beschluss:

„Resolution zum elektronischen Ausweis für Ausländer:

Der Integrationsrat Köln appelliert an Land und Bund, für die Ausweise der Bürger zur Erfüllung der einheitlichen Ausweispflicht einheitliche Gebühren zu erheben. Die zusätzlichen Belastungen der Kommunen zur Einführung der neuen Ausweise für Ausländer sollten nicht zu unverhältnismäßig hohen Gebühren bei nur einem Personenkreis führen: den Drittstaatsangehörigen.

Der Integrationsrat der Stadt Köln appelliert, in der Aufenthaltsverordnung ausdrücklich auch eine Gebührenbefreiung bzw. Gebührenermäßigung auf den Personenkreis mit geringem Einkommen auszuweiten. Dieser Personenkreis sollte Personen mit Wohngeldbezug und oder Kindergeldzuschlag umfassen, wie beim Bildungs- und Teilhabepaket.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei sechs Gegenstimmen

5.3 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution für eine neue Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge AN/0013/2012

Der Vorsitzende Herr Keltek als Antragsteller erläutert den Antrag und verweist auf die gleichlautende Resolution des Landesintegrationsrates, welche dort verabschiedet und an den Bundesgesetzgeber versandt wurde.

RM Herr Jung macht die Zustimmung der CDU-Fraktion davon abhängig, dass das Prinzip der Einzelfallprüfung gelten und eine selbstständige Sicherung des Lebensunterhaltes durch die Flüchtlinge sichergestellt sein müsse.

Herr Prölß erinnert daran, dass sich auf den vorliegenden Resolutionstext bereits sämtliche Wohlfahrtsverbände und weitere Nicht-Regierungs-Organisationen geeinigt hätten.

RM Herr Helling erinnert an die Tradition gemeinsamer Beschlüsse der vier großen Fraktionen in der Flüchtlingspolitik. Herr Helling schlägt daher als ergänzenden Kölner Satz zu Pkt. 2 des Beschlusses des Landesintegrationsrates vor:

„2. Am Prinzip, dass die Flüchtlinge selber für ihre Lebensunterhaltssicherung verantwortlich sind, soll festgehalten werden. Die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung ...“

RM Frau Mucuk unterstützt die Resolution auch mit der vorgeschlagenen Ergänzung.

Sie warnt vor einer zu häufigen Nutzung des Mittels ‚Resolution‘.

Der Vorsitzende Herr Keltek erwidert darauf, dass eine Resolution ein wichtiges Mittel der Willensäußerung des Integrationsrates ist und verweist auf die Wichtigkeit der Inhalte der vorgelegten Resolutionstexte.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt mit der Ergänzung von RM Herrn Helling über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Köln

1. unterstützt den von der Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates NRW am 03.12.2011 einstimmig gefassten Beschluss ‚Für eine neue Bleiberechtsregelung‘. *Auf Bitte der CDU-Fraktion wird unter Punkt 2 dieses Beschlusses folgender Satz vorangestellt: „Am Prinzip, dass die Flüchtlinge selber für ihre Lebensunterhaltssicherung verantwortlich sind, soll festgehalten werden. Die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung ...“*

2. bittet den Landtag und die Landesregierung in NRW zu prüfen, ob und inwieweit die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten auf Landesebene ausgeschöpft werden können, um den Ausländerbehörden die Erteilung von Aufenthaltstiteln für geduldete Flüchtlinge zu erleichtern,

3. bittet den Rat der Stadt Köln, den Beschluss des Integrationsrates der Stadt Köln zu übernehmen und sich damit an den Landtag und die Landesregierung in NRW zu wenden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit einer Gegenstimme

5.4 Antrag auf Unterstützung des Aufrufes 'Kalk macht dicht - Gegen fremdenfeindlichen Hass auf der Schäl Sick' AN/0076/2012

Der Vorsitzende Herr Keltek erläutert den Antrag.

RM Herr Uckermann bedankt sich für die Bewerbung der Veranstaltung, formuliert einen Missbrauch des Gremiums und beschreibt eine Situation bei einer Demonstration.

Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Köln unterstützt den Aufruf des Bündnisses „Schäl Sick gegen Rassismus“ zur geplanten Demonstration von Pro Köln in Köln-Kalk am 28.01.2012 ‚Kalk macht wieder dicht - Gegen fremdenfeindlichen Hass auf der Schäl Sick‘.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit einer Gegenstimme

6 Berichte

6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

Es liegen keine Berichte sachkundiger Einwohner/Innen aus den Ratsausschüssen vor.

6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Es liegt kein Bericht aus dem Landesintegrationsrat vor.

7 Beschlussvorlagen

7.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für die Zentren Yunus Emre Kulturakademie e.V., Wiener Platz 2, 51065 Köln und Runder Tisch Buchforst e.V., Stadtteilzentrum II, Kalk Mülheimer Str. 318, 51065 Köln 0023/2012

RM Herr Jung bedankt sich ausdrücklich für die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt die Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für

- Yunus Emre Kulturakademie e.V., Wiener Platz 2, 51065 Köln und
- Runder Tisch Buchforst e.V., Stadtteilzentrum II, Kalk Mülheimer Str. 318, 51065 Köln

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei einer Gegenstimme zugestimmt

8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Der Integrationsrat beschließt die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Unterstützung des Aufrufes ‚Schäl Sick gegen Rassismus‘

9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

RM Herr Uckermann beschreibt, dass er die anfänglich vom Vorsitzenden abgegebene Erklärung zu den Ordnungsrufen in der letzten Sitzung akustisch nicht verstanden habe.

Der Vorsitzende Herr Keltek verweist in dieser Sache auf die Niederschrift zur Sitzung.

RM Herr Helling bezieht sich auf die für den 31.01. geplante Veranstaltung der Volkshochschule und des Integrationsrates, unterstützt die inhaltliche Ausrichtung und appelliert daran, künftig alle vom Integrationsrat geplanten Veranstaltungen mit einer Beschlussvorlage beschließen zu lassen.

Tayfun Keltek
Vorsitzender

Andreas Vetter
Geschäftsführung